



Regierungsratsbeschlüsse seit 1803 online

<http://www.staatsarchiv.zh.ch/query>

Signatur **StAZH MM 3.94 RRB 1956/4086**
Titel **Bundesbahnen (Verwaltungsrat).**
Datum 22.12.1956
P. 1894

[p. 1894]

[Präsidialverfügung]

Auf Antrag seines Präsidenten

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an den Vorsteher des eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartementes, in Bern:

Mit dem Rücktritt von Nationalrat Dr. P. Gysler als Mitglied und Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen wird der Bundesrat in nächster Zeit ein neues Mitglied des Verwaltungsrates zu wählen haben. Der Regierungsrat des Kantons Zürich gestattet sich, Ihnen seine Erwartung zum Ausdruck zu bringen, dass als Nachfolger von Nationalrat Dr. Gysler wiederum ein Zürcher gewählt werde. Die wirtschaftliche Stellung des Kantons Zürich, die auch für die Bundesbahnen von entscheidender Bedeutung ist, sowie die grossen Bauaufgaben des nationalen Bahnunternehmens in Stadt und Kanton Zürich, die in den kommenden Jahren zur Ausführung gelangen sollen, rechtfertigen bestimmt die Behaltung des zweiten zürcherischen Vertreters im Verwaltungsrat. Auch mit zwei von insgesamt fünfzehn Mitgliedern ist der Kanton Zürich nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung immer noch bescheiden vertreten. Wie der Regierungsrat vernommen hat, soll beabsichtigt sein, einen im Kanton Bern wohnhaften Anwärter in den Verwaltungsrat zu berufen. Dann würden drei Mitglieder des Verwaltungsrates aus dem Kanton Bern stammen und nur eines aus dem Kanton Zürich. Eine solche Situation müsste als ausgesprochenes Missverhältnis bezeichnet werden und es würde damit ein angemessenes gesamtschweizerisches Verhältnis in der Zusammensetzung dieses Kollegiums nicht mehr bestehen. Der Regierungsrat ersucht Sie deshalb eindringlich, als Nachfolger von Nationalrat Dr. Gysler dem Bundesrat wiederum einen Zürcher vorzuschlagen. An geeigneten Persönlichkeiten, die durch ihre Fähigkeiten und Leistungen für eine Wahl ausgewiesen sind, fehlt es bestimmt nicht.

II. Mitteilung an die Volkswirtschaftsdirektion und an die Staatskanzlei.

[Transkript: OCR (Überarbeitung: Team TKR)/13.04.2017]